

Rede der FDP-Fraktion zum Haushalt 2024 von Gemeinderat Willy Nees



Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
geschätzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde

Allgemeine Ausführungen

Unsere Hoffnung, das Jahr 2023 möge besser werden, hat sich nicht erfüllt. Zu dem Krieg in der Ukraine kam nun der Überfall auf Israel und damit nicht genug, nun werden auch Schiffe auf der Route durch das Rote Meer von Rebellen angegriffen.

Es ist ein Privileg, in einer Demokratie und in Freiheit leben zu dürfen. Dessen sollten sich die Menschen in unserem Land bewusst sein, wenn sie aus Enttäuschung, Frust und Ärger über die politisch Verantwortlichen sich extremen Parteien und Organisationen zuwenden. Große Gefahr sehen wir auch in der Zersplitterung unserer Parteienlandschaft.

Wir erleben eine schwache Konjunktur, die wirtschaftliche Entwicklung stockt bzw. ist laut IFO-Institut auf einem Tiefstand, das Bruttoinlandsprodukt ist rückläufig, die Attraktivität des Standortes Deutschland sinkt deutlich und Unternehmen wandern ab. Die Inflation ist immer noch nicht im gewünschten Bereich. Die Zinsentwicklung ist in Bewegung und je nachdem, ob man Geld hat oder braucht. – gut oder schlecht.

Dies alles wird nicht ohne Auswirkungen auf unsere Wirtschaft und die Betriebe, auf die Bevölkerung, auf den Landkreis, die Städte und Gemeinden und somit auch auf unseren Haushalt bleiben. Mit welchen Folgen ist offen.

Der Mittelstand und die Handwerkerschaft müssen dringend und schnellstmöglich von Bürokratie und kostenträchtigen – aber unproduktiven - Vorschriften entlastet und finanziell unterstützt werden. Die Politik muss alles unternehmen, dass Fach- und Arbeitskräftebedarf gedeckt werden können, da ansonsten unser Wohlstand auf der Kippe steht. Dessen scheinen sich aber noch nicht alle Verantwortlichen bewusst zu sein.

Es ist inzwischen beinahe selbstverständlich geworden, den Staat und damit die Steuerzahler alles bezahlen lassen zu wollen. Sorge macht uns die Aggressivität, mit der Forderungen vorgetragen werden. Anscheinend reichen gute Argumente nicht mehr aus und Kompromissbereitschaft wird als Schwäche ausgelegt. Mit großer Sorge erfüllen uns der derzeitige Zustand unserer Gesellschaft und die Angriffe auf unsere Demokratie.

Finanzen/Haushalt

Der *Staatshaushalt* ist ein *Haushalt*, in dem alle essen möchten, aber niemand Geschirr spülen will. ...

Haushalten bedeutet, mit dem Geld, das uns die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Steuern und Abgaben für die Aufgabenerledigung zur Verfügung stellen, sorgsam und verantwortungsvoll umzugehen.

Über allem stehen solide Finanzen und ein geordneter Haushalt mit möglichst wenigen Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger. Neue und übertragene Aufgaben müssen

auskömmlich finanziert sein. Es gilt das oft zitierte Konnexitätsprinzip – übersetzt: wer bestellt bezahlt. Den kommenden Generationen keine enormen Belastungen zu hinterlassen, gilt nicht nur für das Klima sondern gleichermaßen für die Schulden.

Wir beschließen den Haushaltsplan und nicht die Jahresrechnung. Insoweit sind gewisse Unwägbarkeiten bzw. Ungenauigkeiten zu akzeptieren.

Finanzen

Der Gesamthaushaltsentwurf mit rund 48 Mio. Euro sieht ein kalkuliertes ordentliches Ergebnis von 700.000 € und einen Zahlungsmittelüberschuss von 3,3 Mio. € vor. Nach Entnahme von 19 Mio. € aus der Liquiditätsreserve (Rücklage) verbleiben Ende 2024 dort laut Plan 6 Mio. €.

Die Schlüsselzuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich belaufen sich auf 11,4 Mio. € reichen aber nicht zur vollständigen Finanzierung der übertragenen Aufgaben. Sollte es zutreffend sein, was vor kurzem in der Regionalpresse zu lesen war, dass die Landesregierung über Rücklagen von ca. 16 Mrd. € verfügt, wäre es an der Zeit, mal über die Ausgestaltung des Kommunalen Finanzausgleichs zu reden. Eine weitere Einnahmequelle von beachtlicher Größenordnung ist der Anteil an der Einkommensteuer mit ca. 13 Mio. €, gefolgt von der Gewerbesteuer mit 6 Mio. €. Allerdings müssen hier die FAG-Umlage, die Gewerbesteuerumlage und auch die Kreisumlage gegengerechnet werden. Der Umsatzsteueranteil beläuft sich auf 2,6 Mio. € und ist nahezu unverändert gegenüber 2023. Die Grundsteuer ist mit 2,1 Mio. € kalkuliert – eine Erhöhung der Hebesätze ist in 2024 nicht vorgesehen.

Der konsolidierte Gesamtschuldenstand einschließlich Eigenbetriebe wird Ende 2024 auf rund 35 Mio.€ beziffert.

Steuern und Gebühren

Auch 2024 konnte der Gemeinderat bei den Realsteuern auf eine Erhöhung verzichten. Um angesichts der allgemeinen Belastungen den Familien etwas entgegen zu kommen, ist der Gemeinderat bei der Angleichung der Kinderbetreuungsgebühren mit einer Erhöhung von 6,5 % unter den Empfehlungen der kommunalen Spitzenverbände mit 8,5 % geblieben.

Die Wasser- und Abwassergebühren bleiben 2024 mit 2,17 € (Wasser), 2,21 € (Schmutzwasser) und 0,85 € (Niederschlagswasser) unverändert

Grundsteuer

Die von der grün-schwarzen Landesregierung „erfundene“ Variante der Grundsteuerberechnung lehnen wir ab, da ungerecht und einseitig gegen das Einfamilienhaus gerichtet. Bei diesem Berechnungsmodell werden maßgebliche Faktoren nicht einbezogen. Die Aussage der Aufkommensneutralität war nicht auf den Einzelfall bezogen und wird nicht dazu führen, dass alle Grundstückbesitzer dadurch nicht stärker belastet werden als bisher. Andere Bundesländer haben gerechtere Lösungen. Für die zu gegebener Zeit zu treffende Entscheidung über den dann festzulegenden Hebesatz sind auf kommunaler Ebene entsprechende Daten erforderlich.

Investitionen

N5

Das wohl umfangreichste Einzelprojekt der nächsten Jahre dürfte das Baugebiet N 5 in seiner Gesamtheit sein, erfordert es doch eine Investition von brutto ca. 31 Mio. €. davon 2024 ca. 18,5 Mio. € für den Grunderwerb plus im Finanzplanungszeitraum weiteren 12 Mio. € für die Erschließung der Grundstücke. Gegenfinanziert werden soll dies durch Erlöse aus der Umlegung bzw. dem Verkauf von gemeindeeigenen Grundstücken.

Doch nicht nur finanziell ist dieses Baugebiet eine Herausforderung. Mit den Festlegungen im B-Plan für das Gebiet N 5 beschreitet die Gemeinde Neuland. Neben dem Ziel, Wohnraum zu schaffen – nach den Vorgaben in gewissem Umfang auch geförderten Wohnraum für Menschen mit geringerem Einkommen - stehen eine angestrebte Klimaneutralität und ein sozialverträglich ausgerichtetes Quartier auf der Agenda.

Um das Ziel der Klimaneutralität erreichen zu können, ist eine klimafreundliche Energieversorgung durch ein Nahwärmenetz geplant. Wichtig für die Klimaneutralität ist aber nicht nur das Netz, sondern ganz entscheidend die Art der Wärmeerzeugung und Wärmegewinnung. Deshalb müssen alle unter Klima -, technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten nutzbaren Wärmequellen technologieoffen einbezogen werden. Die Gemeinde baut das Netz und verpachtet es an einen Betreiber. Deshalb kommt diesem gerade bezüglich Wärmeerzeugung und Bereitstellung eine besondere Bedeutung zu. Die angenommenen Kosten sind in die Erschließungsbeiträge eingerechnet. Für einen wirtschaftlichen Betrieb ist ein möglichst hoher Anschlussgrad notwendig. Beim Erwerb von Gemeindegrundstücken ist der Anschluss eine Bedingung, bei anderen wird ein Anschluss empfohlen. Photovoltaik ist ja bereits gesetzlich für Neubauten vorgeschrieben; die Dachbegrünung vorgegeben.

Im Neubaugebiet soll eine Kinderbetreuungseinrichtung entstehen. Eine Kombination aus Kindertagesstätte und Wohnraum für ältere Menschen – quasi als Modellprojekt für generationenübergreifende Betreuung- würden wir befürworten, könnten sich daraus idealerweise für beide Seiten Synergien ergeben. Eine Gastfamilie betreut ein Kind außerhalb der angebotenen Betreuungszeiten in der KiTa.

Ziel ist ein klimagerechtes und sozial ausgewogenes Wohnquartier mit guter Wohnqualität.

Kommunale Wärmeplanung

Diese steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Nahwärmenetz in N 5, da längerfristig die Anbindung bestehender Wohngebiete angedacht ist. Dies kann aber nur auf der Grundlage gesicherter Daten entschieden werden, die derzeit von der Umwelt- und Energieagentur des Landkreises erhoben werden. Dabei ist zu bewerten, welche Maßnahmen ergriffen werden können, welche Voraussetzungen technischer Art zu erfüllen sind und welche Investitionen damit verbunden wären.

Wohnungsbau

Gestiegene Kreditzinsen, Probleme in der Bauwirtschaft, kostensteigernde Bauvorschriften, und ständig neue Belastungen für Immobilienbesitzer (Gebäudeenergiegesetz, Grundsteuer, Co² -Abgabe, Mietrecht etc.) tragen nicht dazu bei, das Problem fehlender Wohnungen zu lösen. Ohne Erleichterungen, Reduzierung der Standards und weiterer vertuernder Vorschriften wird man das Ziel, jährlich 400 000 Wohnungen neu errichten zu wollen, keinesfalls erreichen können. Die Einbindung von Fachleuten aus der Basis könnte hier zu hilfreichen Erkenntnissen führen.

Einerseits wird zur Reduzierung des Flächenverbrauchs Innenverdichtung gefordert, gleichzeitig soll aber einer Überhitzung des Innenbereichs mittels „Durchlüftung“ vorgebeugt werden und Wohnungen sollen auch entstehen. Nur wenn diese gegenläufige Interessenlage zu einem vernünftigen Kompromiss führt, kann der Bedarf an Wohnraum gedeckt werden. In den letzten Jahren wurde auf dem „Hötzel – bzw. Griesinger-Gelände“ Wohnraum geschaffen, kleinere innerörtliche Flächen wurden ebenfalls genutzt und auch auf dem „Penny-Gelände“ entstehen neben dem Markt Wohnungen.

Kommunale Eigenbetriebe

Abwasserbeseitigung/ Erweiterung/ Neubau Kläranlage

Mit dem Neubau des Klärwerks sind ebenfalls Innovationen verbunden. Ziel ist eine möglichst umweltschonende Entsorgung der Abwässer durch Einsatz modernster Technik und Verfahren z.B. Verwendung des Klärschlammes zur Energieerzeugung evtl. auch Wärmerückgewinnung aus den Abwässern. Damit einhergehen muss die Sicherung der Entsorgungskapazitäten bzw. die Kapazitätsvorhaltung für künftig hinzukommende Baugebiete oder durch Verdichtung im Bestand. Die vor Ort erzeugte Energie soll beim Betrieb der Anlage eingesetzt werden, um diese möglichst energieautark betreiben zu können. Haushaltsansatz 2024 anteilig 4 Mio. €. und ab 2025 weitere 11,5 Mio. €. Nach Fertigstellung wird sich diese Investition auch auf die Gebührengestaltung auswirken.

Dies ist ein weiterer Schritt, die Anlagen der Gemeinde in einen klimafreundlichen Zustand zu versetzen.

Bis Ende 2024 wird sich der Schuldenstand incl. Trägerdarlehen auf rd. 22 Mio. € belaufen und Ende 2027 knapp 30 Mio. € betragen.

Wasserversorgung

Die Schulden bei diesem Eigenbetrieb werden Ende diesen Jahres mit rd. 9 Mio. € zu Buche schlagen und bis Jahresende 2027 auf ca. 9.5 Mio. steigen. Maßnahmen an der Wasserzentrale erfordern in den Folgejahren Mittel in Höhe von 2,6 Mio. €.

Infrastruktur

E-Mobilität/Ladeinfrastruktur

Die E-Mobilität wird sich nur weiter entwickeln können, wenn u.a. Ladeeinrichtungen für die E-Fahrzeuge flächendeckend zur Verfügung stehen. Das Netz ist aber nur die „halbe“ Miete, der benötigte Strombedarf muss gedeckt werden können und die Netzübertragungskapazität darauf ausgelegt werden. Eine Potenzialanalyse ist in Auftrag gegeben. Danach gilt es, daraus die weiteren Maßnahmen abzuleiten. Die Verwaltung ist beauftragt, mit potenziellen Betreibern Gespräche zu führen.

Soziales /Schule und Bildung

Den Verantwortlichen in unserer Gemeinde war und ist es wichtig, als Schulträger den Schulen und damit den Schülerinnen und Schülern und den Lehrkräften stets durch Investitionen die bestmögliche Ausstattung z.B. digitale Lehr- und Lernmittel (evtl. künftig auch für Künstliche Intelligenz), zur Verfügung zu stellen, um Schülerinnen und Schülern möglichst ideale Voraussetzungen für ihre schulische, persönliche und besonders berufliche Entwicklung zu bieten. Eine Herausforderung wird die Realisierung des Rechtsanspruchs auf Ganztagesbetreuung sein, der stufenweise ab dem Schuljahr 2026/2027 beginnend ab Klasse 1 eingeführt werden soll.

Zum wiederholten Male wurden in einer Studie die Defizite in der Bildungspolitik identifiziert und bei den Schülerinnen und Schülern fehlende Kenntnisse in grundlegenden Bereichen (lesen, schreiben, rechnen) festgestellt. Um dies zu verbessern, bedarf es eines zielgerichteten Lern- und Bildungsangebots, inhaltlich auf das spätere Leben in Beruf und Gesellschaft ausgerichtet und eines ausreichenden und bestens qualifizierten Lehrpersonals. Nur mit Ausreden und Rechtfertigungen der Kultusbürokratie wird dies nicht gelingen. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, die zu deutlichen Verbesserungen führen. Jeder hier eingesetzte Euro ist gut investiertes Geld und erspart uns hoffentlich spätere Sozialleistungen. Deshalb unterstützen wir notwendige Maßnahmen an den Schulstandorten und auch Investitionen in die sächliche Ausstattung der Schulen.

Kindertagesstätten

Der weiter steigende Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen muss möglichst zeitnah gedeckt werden, um den Familien Betreuungsplätze anbieten zu können, Ziel dabei ist die langfristige und dauerhafte Sicherstellung der vorhandenen Betreuungsangebote und Schaffung neuer bedarfsorientierter und zielführender Betreuungsformen für Familien.

Einhergehen muss eine Anpassung der Angebote an veränderte Anforderungen (z.B. Öffnungszeiten). Dabei muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf Vorrang haben. Dies kann jedoch nur realisiert werden, wenn das dafür benötigte Personal zur Verfügung steht bzw. gewonnen werden kann. Nur dann könnte die Umsetzung notwendiger Maßnahmen gelingen. Auch die frühkindliche Bildung erfordert ebenso ausreichend Personal.

Die Bereitstellung weiterer Ausbildungsplätze wäre eine Option, die allerdings auch entsprechend nachgefragt werden müsste.

Ergänzend wäre zu überlegen, ob und in wie weit quasi als Modellversuch eine Kinderbetreuung durch Gastfamilien als Generationen-Partnerschaften - junge Familien – ältere Familien in Frage kommen könnte.

Neubau Naturkindergarten

Eine Alternative zur bisherigen Art der Kinderbetreuung sehen wir in der Einrichtung eines Naturkindergartens. Damit bietet sich die Möglichkeit, im Zuge der frühkindlichen Bildung den Fokus auf die Natur zu lenken. Dies stellt besondere Anforderungen an den Betrieb insgesamt und an das Personal insbesondere.

Natur/Wald

Bei der Waldbewirtschaftung steht für die FDP nicht das wirtschaftliche Ergebnis im Vordergrund. Es gilt, die vielfältigen Funktionen des Waldes dauerhaft zu erhalten. Eine nachhaltige Waldbewirtschaftung bietet dazu Möglichkeiten. Heute schon an übermorgen denken. Dafür sind wir bereit, finanzielle Defizite hinzunehmen. Eine Herausforderung wird die Entscheidung sein, welche Baumarten langfristig geeignet sein könnten, den Bestand unseres Waldes zu sichern. Eine „Patentlösung“ werden auch die Forstfachleute nicht anbieten können.

Das Übereinkommen in Sachen „Kanutouren“ am alten Hafen von Leopoldshafen einhergehend mit einem einjährigen Probelauf begrüßen wir. Dabei sind die wirtschaftlichen Interessen der Beteiligten für uns zweitrangig. Priorität haben der Schutz unserer Rheinauen und die Vermeidung eines zusätzlichen Verkehrsaufkommens in der Leopoldstraße.

Gemeindeverwaltung/Personalkosten/Digitalisierung/Rathaus

Nur mit ausreichend und qualifiziertem Personal können die vielfältigen und mit großem Aufwand verbundenen Aufgaben bewältigt werden. Die Personalaufwendungen sind mit 16,3 Mio. € kalkuliert und liegen ungefähr bei 35 % der Gesamtaufwendungen. Davon entfallen auf den Bereich Soziales ca. 50 % und auf die Verwaltung über 30 %.

Sie liegen um 1,5 Mio. € über dem Vorjahr.- ausgelöst durch tarifliche und besoldungsrechtliche Beschlüsse. Die Gründe für die Stellenmehrung sind bekannt, die Ursache oft die überbordende Bürokratie oder realitätsferne Vorgaben. Gesetzliche Regelungen werden mit zu viel Einzelfallbezug oder Detailregelungen ausgestaltet, ergänzt durch zusätzliche Vorschriften. Immer schneller immer mehr Ansprüche zu schaffen, geht eindeutig in die falsche Richtung und muss unbedingt beendet werden.

Eine Abkehr davon wäre sehr hilfreich und auch immens Kosten sparend, Die Mittel könnten dann für sinnvollere Aufgaben als für das Vollschieben von Papier verwendet werden.

Hier muss der Digitalisierungsgrad der Verwaltungsabläufe deutlich erhöht werden, was allerdings die Gemeindeverwaltung nicht alleine umsetzen kann. Durchgänge Abläufe (workflows) über alle beteiligten Behörden und Einrichtungen hinweg sind dafür die Voraussetzung. Doch von den Zielen, die mit dem Online-Zugangsgesetz diesbezüglich hätten erreicht werden sollen, sind die Behörden noch weit entfernt.

Mit der Erweiterung des Rathauses am Standort Friedrichstraße werden die räumlichen Voraussetzungen für eine leistungsfähige Verwaltung geschaffen. Mitteleinsatz 2024 6,5 Mio. €. Nach Fertigstellung des Erweiterungsbaus steht die Sanierung des „Altbestandes“ an, wofür weitere 5.3 Mio. € geplant sind.

Stellen sind aber noch keine Mitarbeiter. Wer die Lage auf dem Arbeitsmarkt gerade im öffentlichen Bereich kennt, weiß wie schwer sich hier eine Stellenbesetzung gestaltet. Deshalb kommt wie bereits mehrfach erwähnt bei der Personalrekrutierung den „weichen“ Faktoren eine bedeutende ja sogar entscheidende Funktion zu, da die Gehaltsgestaltung an die geltenden Tarifregelungen gebunden ist. Doch das ist nicht neu, wird aber jedes Jahr aktueller. Gelingt es nicht, die Stellen zu besetzen, können die Aufgaben nicht und/oder nicht mit der notwendigen Qualität erfüllt werden. Eine Überforderung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist unbedingt zu vermeiden. Dem Dienstherrn bzw. Arbeitgeber kommt daher eine besondere Fürsorgepflicht zu. Gerade war zu lesen, dass bei einer Befragung knapp ein Drittel die Arbeit als „Krafräuber“ genannt hat und der Krankenstand 2023 einen Höchststand erreicht hat.

Kommunale Notfallvorsorge/ Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement

U.a. das Hochwasser in weiten Teilen Deutschlands hat uns wieder vor Augen geführt, wie elementar wichtig die Notfallvorsorge und der Katastrophenschutz sind.

Angesichts dieser Extremwetterlagen und weiterer Krisensituationen gilt es, die Kommunale Notfallvorsorge zu stärken, um in Notsituationen der Einwohnerschaft Hilfe anbieten zu können. Hier ist die Gemeinde gut aufgestellt, hat sie in der Vergangenheit doch Einiges investiert und wird dies auch in diesem Jahr tun. Als weitere Komponente in der Katastrophenvorsorge sind derzeit Notfalltreffpunkte in der Planung.

Asyl/Flüchtlinge

Unsere Gemeinde ist Standort einer Landeserstaufnahmeeinrichtung. Dies hat uns bisher vor weiteren Zuweisungen bewahrt, könnte sich aber bei weiter starkem Zugang ändern. Es gilt darauf zu achten, dass die Gemeinde nicht überfordert wird, denn die Infrastruktur (KiTa's, Schulen, Wohnraum) und die Bevölkerung müssen dies auch leisten können, soll die Integration gelingen. Der Zustrom von Menschen, die aus Kriegs- und Krisengebieten fliehen und in Deutschland Schutz suchen, nimmt enorm zu. Dies bringt das gesamte System der Unterbringung und Versorgung in allen Bereichen an seine Grenzen.

Das Vorhaben „Hagsfelder Weg“ wurde zunächst zurückgestellt, um im Bedarfsfall lösungsorientiert reagieren zu können.

ÖPNV/Mobilität

Ein beachtlicher aber anscheinend selbstverständlicher Ausgabeposten ist der ÖPNV oder besser die Mobilität. Hier beläuft sich der direkte Anteil der Gemeinde auf 800.000 €. und wird 2025 auf 900.000 € anwachsen - zuzüglich des Anteils über die Kreisumlage. Tendenz weiter steigend. Hohe Betriebs- und Energiekosten, neue Mobilitätsformen und damit einhergehend höherer Personalbedarf – selbstfahrende Fahrzeuge stehen im Regelbetrieb noch nicht zur Verfügung - haben Einfluss darauf.

Verstärkte Nachfrage nach dem On-Demand-Angebot, neue E-Busse, Deutschland-Ticket runden das Angebot ab. Vielleicht künftig als Angebotserweiterung auch Lastenfahrräder und Fahrrad-Rikschas?

Die Finanzierung des 49- Euro -Tickets scheint zumindest für 2024 geklärt zu sein, wobei die tatsächlichen Kosten und die genaue Kostenaufteilung – auch der Folgekosten- noch detailliert zu erörtern sind.

Die vom Land den Kommunen zur Finanzierung der Mobilitätsgarantie zgedachte Möglichkeit, die Bürgerinnen und Bürger einer Gemeinde oder nur die Autofahrer heranziehen zu können, lehnen wir in dieser Form allerdings ausdrücklich ab.

Bahntrasse (längerfristig)

Wo die Güterverkehrstrasse künftig verlaufen wird und wie stark unsere Gemeinde evtl. dadurch belastet werden würde, ist offen. Eine Streckenführung der Güterverkehrstrasse **außerhalb** der Gemarkung Eggenstein-Leopoldshafens ist zu fordern. Falls das nicht gelingt, müssen die Belastungen für die Einwohnerschaft so gering wie möglich gehalten werden.

Ehrenamt/Kultur/Ortsjubiläum

Viele Menschen engagieren sich ehrenamtlich in den unterschiedlichsten Vereinen, Organisationen und gesellschaftlichen Einrichtungen oder teils auch auf privater Basis, - gerade auch im sozialen Bereich. Nicht selten ergänzen Ehrenamtliche oft Aufgaben des (fehlenden) hauptberuflichen Personals. Dieses bürgerschaftliche Engagement insgesamt muss unbedingt erhalten, gestärkt und weiterhin gefördert werden. In erster Linie durch Abbau bürokratischer Hemmnisse aber auch – wie bisher- durch Zuschüsse der Gemeinde.

Die Gewinnung -insbesondere junger- Menschen für ein politisches Ehrenamt bzw. Engagement im Gemeinderat ist anzustreben. Nur so wird es gelingen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt über alle Altersgruppen und das demokratische Miteinander, gerade angesichts des derzeitigen Zustands der Gesellschaft insgesamt, zu festigen.

Die **FDP- Gemeinderäte** bedanken sich bei Allen, die sich ehrenamtlich in den Vereinen und Organisationen und auch privat in unserer Gemeinde für die Gesellschaft engagieren. Den Frauen und Männern bei Feuerwehr, DRK, DLRG und Notfallhilfe gilt unser Respekt für die Bereitschaft, zu jeder Tages- und Nachtzeit Hilfe zu leisten, wo immer sie benötigt wird.

Vielen Dank!

Traurige Ereignisse haben uns die Notwendigkeit solcher Einrichtungen deutlich vor Augen geführt.

Ortsjubiläum

50 Jahre Gemeindefusion – für Viele ein Grund zum Feiern und aus heutiger Sicht ein Erfolgsmodell, hat sich unsere Gemeinde in den zurückliegenden 50 Jahren doch sehr positiv entwickelt sei es wirtschaftlich, kommunal, gesellschaftlich. Gerade deshalb muss es das Bestreben sein, auch in Zukunft: weiterhin eine selbständige Gemeinde zu bleiben. Glückwunsch den „Vätern“ und „Müttern“ für die damalige Entscheidung!

Die Gemeinde will dieses Jubiläum zusammen mit der Einwohnerschaft mit einem Fusionsfest und weiteren Veranstaltungen gebührend feiern.

Was wird für die Zukunft erwartet

Noch kurz ein Blick auf die finanzielle Zukunft der Gemeinde. Diese voraussehen zu wollen, wäre vermessen. Sie auf der Basis der bis jetzt bekannten Daten und Fakten zu planen, kann eine gute Grundlage für künftige Entscheidungen sein. Wesentlichen Einfluss werden die allgemeine Entwicklung der wirtschaftlichen Situation und damit einhergehend der Steuereinnahmen und in Folge davon die Zuweisungen aus dem Kommunalen

Finanzausgleich haben. Tarifabschlüsse, Bau- und Finanzierungskosten werden sich ebenfalls auswirken. Prognostiziert für die Jahre 2025 bis 2027 sind Überschüsse im ordentlichen Ergebnis. Die liquiden Eigenmittel der Gemeinde werden Ende 2027 mit rd. 3,2 Mio. € angenommen.

Letztendlich werden wir die Probleme nur bewältigen können, wenn alle politisch Verantwortlichen über alle Ebenen hinweg daran auch Interesse haben und entsprechende Beschlüsse zu deren Lösung fassen. Parteipolitisches Geplänkel ist hier fehl am Platz und trägt nicht zur Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger bei. Da man einen Euro nur einmal ausgeben kann – manche können das anscheinend mehrmals- müssen die Prioritäten richtig gesetzt werden – Pflicht kommt eben vor Kür und „Wünsch Dir was“. Vieles werden wir uns als Gesellschaft nicht mehr leisten können. Nicht nur beim Klima, auch in anderen Bereichen – insbesondere bei den Finanzen - dürfen wir den künftigen Generationen keine enormen Belastungen hinterlassen.

Abschließend:

Die FDP-Fraktion stimmt dem Haushalt 2024 zu.

Mit großer Wertschätzung danken wir allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde für die gerade unter erschwerten Bedingungen geleistete Arbeit im abgelaufenen Jahr –wo immer sie diese erbracht haben. Die Fachverwaltungen, die zur Erstellung des über 500 Seiten starken Werkes „Gemeindehaushalt“ beigetragen haben - besonders die Kämmerin Frau Eickel mit ihrem Team- schließen wir ausdrücklich in diesen Dank mit ein.

Dank an die Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates für das kollegiale Miteinander- trotz in der Sache unterschiedlicher politischer und fachlicher Auffassungen. Lassen Sie uns auch 2024 stets die richtigen Entscheidungen zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger unserer lebens- und liebenswerten Gemeinde treffen.

Mit einem Sprichwort von Hoffmann von Fallersleben möchten wir die Ausführungen beenden:

„Oh, sage mir, wie heißt das Tier, das vieles kann vertragen, das wohl den größten Rachen hat und auch den größten Magen? Es heißt Haifisch auf dem Meer und Fiskus auf dem Lande.“

Sehr erfreulich wäre, wenn das „Tier Fiskus“ mal satt wäre oder wenigstens weniger bräuchte, so dass auch für uns Steuerzahler noch etwas übrig bleibt.

In diesem Sinne auf ein gutes Jahr 2024!

06.02.2024

**Die FDP-Gemeinderatsfraktion
Wolfgang Ott, Dominik Wolf und Willy Nees**